

## Verordnung über die amtliche Vermessung

vom 30. März 1999

---

*Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen,*

gestützt auf Art. 160 ff. des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 27. Juni 1911, das Dekret des Grossen Rates über die amtliche Vermessung vom 31. August 1998 und die eidgenössischen Erlasse über die amtliche Vermessung ,

*verordnet:*

### I. Vermarkung

#### § 1

<sup>1</sup> Auf das Anbringen von Grenzzeichen kann mit Bewilligung des kantonalen Vermessungsamtes (Vermessungsamt) und unter der Voraussetzung, dass ein vorschriftsgemässes Fixpunktnetz vorhanden ist, verzichtet werden: Grenzzeichen

- a) in zusammenlegungsbedürftigen Gebieten;
- b) entlang von Wald- und Flurwegen mit Ausnahme der Grenzpunkte aufstossender Grenzen;
- c) in Gebieten, in denen die Grenzzeichen dauernd gefährdet sind.

<sup>2</sup> Die Grundeigentümer bzw. -eigentümerinnen können verlangen, dass alle Grenzpunkte ihrer Grundstücke auf ihre Kosten mit Grenzzeichen gekennzeichnet werden.

<sup>3</sup> Das Vermessungsamt bestimmt die zugelassenen Grenzzeichentypen.

<sup>4</sup> Dienstbarkeiten sind in der Regel nicht zu kennzeichnen.

#### § 2

<sup>1</sup> Die öffentliche Auflage wird vom Vermessungsamt publiziert und vom ausführenden Ingenieur-Geometer oder von der ausführenden Ingenieur-Geometerin durchgeführt. Öffentliche Auflage

---

Amtsblatt 1999, S. 529.

<sup>2</sup> Die Auflage kann zusammen mit der öffentlichen Auflage der Vermessung erfolgen.

## II. Amtliche Vermessung

### § 3

Zeitpunkt

Die Vermessungsarbeiten haben möglichst schnell nach der Vermarkung zu erfolgen.

### § 4

Verifikation

<sup>1</sup> Die Verifikation von Vermessungsarbeiten ist in der Regel innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Arbeiten abzuschliessen.

<sup>2</sup> Festgestellte Mängel sind vor der öffentlichen Auflage zu beheben.

### § 5

Öffentliche Auflage

Die öffentliche Auflage wird vom Vermessungsamt publiziert und vom ausführenden Ingenieur-Geometer oder von der ausführenden Ingenieur-Geometerin durchgeführt.

### § 6

Genehmigung

<sup>1</sup> Die Genehmigung des Vermessungswerkes durch den Regierungsrat erfolgt bei Ersterhebungen gestützt auf den Verifikationsbericht sowie eine Bescheinigung des Vermessungsamtes über die erfolgte öffentliche Auflage und die Erledigung der Einsprachen, bei Erneuerungen gestützt auf den Verifikationsbericht.

<sup>2</sup> Durch die Genehmigung erhalten die Pläne für das Grundbuch die Rechtswirkung öffentlicher Urkunden.

### § 7

Flurnamenkommission

<sup>1</sup> Für die Erhebung, Schreibweise, Aenderung und Festlegung des Geltungsbereiches der Ortsnamen (Flurnamen) wählt der Regierungsrat auf die ordentliche Amtsdauer eine kantonale Flurnamenkommission. Ihr gehören an:

- a) der Kantonsgeometer oder die Kantonsgeometerin (Vorsitz);
- b) zwei Mitglieder mit philologisch-historischen Kenntnissen;
- c) ein Sekretär oder eine Sekretärin.

<sup>2</sup> Die Flurnamenkommission zieht für die Erfüllung ihrer Aufgabe ortskundige Gewährsleute bei.

<sup>3</sup> Entscheide der Flurnamenkommission sind der betroffenen Einwohnergemeinde mitzuteilen.

**§ 8**

- <sup>1</sup> Die Erstellung des Uebersichtsplanes obliegt dem Vermessungsamt. Übersichtsplan
- <sup>2</sup> Nach Fertigerstellung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung wird der Uebersichtsplan durch einen entsprechenden generalisierten Plandatensatz ersetzt.

**§ 9**

- <sup>1</sup> Die Auszüge und Dokumentationen werden vom Vermessungsamt aufbewahrt. Aufbewahrung, Archivierung
- <sup>2</sup> Die nicht der Nachführung unterliegenden Akten werden vom Vermessungsamt archiviert. Vorbehalten bleibt die kantonale Regelung über die Archivierung der Verwaltungsakten.

*III. Nachführung und Unterhalt***§ 10**

- <sup>1</sup> Fixpunkte sind auf Anmeldung des Vermessungsamtes im Grundbuch anzumerken. Sie sind periodisch innert höchstens 10 Jahren zu begehen. Fixpunkte
- Festgestellte Mängel sind zu beheben.
- <sup>2</sup> Gefährdungen von Fixpunkten durch Baumassnahmen sind dem Vermessungsamt möglichst frühzeitig im Voraus zu melden.
- <sup>3</sup> Das Vermessungsamt regelt das Meldewesen.

**§ 11**

- <sup>1</sup> Aenderungen in den übrigen Informationsebenen sind, soweit sie einer Melde- oder Bewilligungspflicht unterstehen, von den zuständigen Stellen dem Vermessungsamt zu melden. Übrige Informations-ebenen
- <sup>2</sup> Das Vermessungsamt regelt das Meldewesen.

**§ 12**

Grenzänderungen an Grundstücken sind dem Grundbuchamt mittels einer Messurkunde, Aenderungen in den Informationsebenen Bodenbedeckung, Rohrleitungen, Nomenklatur, administrative Einteilung sowie Flächenkorrekturen an Grundstücken in geeigneter Form zu melden. Meldungen an das Grundbuch-  
amt

**§ 13**

- <sup>1</sup> Messurkunden sind durch die Beteiligten innert Jahresfrist im Grundbuch vollziehen zu lassen. Geschieht dies nicht fristgemäss, kann der alte Zustand der Vermarkung und Vermessung auf Kosten des Bestellers oder der Bestellerin wieder hergestellt werden. Vollzugsfrist

<sup>2</sup> Vor der Wiederherstellung ist dem Besteller oder der Bestellerin durch das Grundbuchamt schriftlich eine Frist zur grundbuchlichen Behandlung der Messurkunde anzusetzen.

#### § 14

Rechtskräftiger  
Eintrag

Der rechtskräftige Eintrag von Grenzänderungen an Grundstücken in der amtlichen Vermessung erfolgt aufgrund der Vollzugsmeldung des Grundbuchamtes.

#### § 15

Periodische  
Nachführung

Die periodische Nachführung obliegt dem Vermessungsamt. Die Nachführungsperiode beträgt in der Regel nicht mehr als 10 Jahre.

#### § 16

Rechtskräftiger  
Planersatz

Das Vermessungsamt ist befugt, einen rechtsverbindlichen Plan für das Grundbuch zu ersetzen.

#### § 17

Unterhalt

Die Bestandteile der amtlichen Vermessung sind so zu verwalten, zu sichern, aufzubewahren und zu archivieren, dass sie in ihrem Bestand und in ihrer Qualität auf Dauer erhalten bleiben.

### IV. Koordination raumbezogener, digitaler Datenbestände

#### § 18

GIS-Stelle

<sup>1</sup> Das Vermessungsamt betreibt zur Koordination bei der Erstellung und Nutzung von raumbezogenen, digitalen Datenbeständen in der kantonalen Verwaltung eine Stelle für Geographische Informationssysteme (GIS-Stelle).

<sup>2</sup> Die GIS-Stelle führt ein Verzeichnis über alle abgeschlossenen, laufenden und geplanten GIS-Projekte in der kantonalen Verwaltung.

<sup>3</sup> Externe GIS-Anwender bzw. -anwenderinnen können miteinbezogen werden.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt das Nähere.

## V. Schlussbestimmungen

### § 19

Die nachstehenden Erlasse werden aufgehoben:

Aufhebung alter  
Erlasse

- a) der Beschluss des Regierungsrates betreffend die Vermessung der Staatswaldungen vom 29. August 1925;
- b) die Verordnung betreffend die Organisation und die Gebühren des Vermessungsamtes und des kulturtechnischen Dienstes vom 15. Februar 1930;
- c) die Verordnung über die einheitliche Bezeichnung und Numerierung der Gebäude vom 8. April 1931;
- d) die Instruktion des Regierungsrates betr. die Aufnahme der Orts- und Flurnamen für die Grundbuchvermessung im Kanton Schaffhausen vom 17. Juni 1931.

### § 20

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt am 1. April 1999 in Kraft.

Inkrafttreten

<sup>2</sup> Sie ist im Amtsblatt zu veröffentlichen <sup>1)</sup> und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

---

Fussnoten:

- 1) Amtsblatt 1999, S. 529.